

# III & dan & den "jeord eng zusammaki Ufba Umt

Nicht wenigen Wohnparteiorganisationen wird es so ergangen sein wie der WPO 46/47 im Kreis Prenzlauer Berg, Berlin: Als sie daranging, die Wahl zu der Stadtbezirksversammlung vorzubereiten, bestand ihre erste Aufgabe darin, mitzuhelfen den Wohnbezirksausschuß der Nationalen Front zu aktivieren. Also das zu tun, worauf der Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 7. Juli 1965<sup>1)</sup> eindringlich hinweist. Denn auch hier zwischen der Schönhauser Allee und der Prenzlauer Allee hatte sich der Wohnbezirksausschuß nicht als genügend wirksam gezeigt, um all die gesellschaftlich-kulturellen und kommunalpolitischen Aufgaben lösen zu helfen, die in einem dichtbewohnten Altbaugebiet reichlich anfallen.

Mitte Juli lud die Parteileitung einige auch im Wohnbezirk aktiv tätige Genossen aus Betriebsparteiorganisationen zu einer Leitungssitzung ein, erläuterte ihnen den Sekretariatsbeschluß und bat sie, im Ausschuß der Nationalen Front mitzuarbeiten. (Diese Form der persönlichen Aussprache ist erfolgreicher, als wenn in Gesamtmitgliederversammlungen allgemein zur Mitarbeit „appelliert“ wird.) Durch die Leitung wurden Vorschläge unterbreitet, weiche Bürger noch mitarbeiten könnten, welche Institutionen und Organisationen vertreten sein müßten und was als nächstes zur Vorbereitung der Wahl getan werden müßte.

1) „Zur Parteilarbeit in den städtischen Wohnbezirken“ „Neuer Weg“, Heft 15/65

Eine Woche später konnte sich der Wohnbezirksausschuß neu konstituieren. Die Genossen hatten parteilose Bürger und noch weitere Parteimitglieder gewonnen. Ein Abschnittsbevollmächtigter, Vertreter der kommunalen Wohnungsver-

(Infolge der alten Wohngebietsstruktur hielt die Abgeordnetengruppe ihre Sprechstunden nicht mehr im Wohnbezirk ab; hinzu kam die Inaktivität des Wohnbezirksausschusses.) Beides zusammen trug dazu bei, daß das Verhältnis zwischen Abgeordneten und Wählern, zwischen Nationaler Front und Bevölkerung im Wohnbezirk locker geworden war.

Erst durch die Häuserblockversammlungen konnte der persönliche Kontakt der Abge-

---

## Erfahrungen aus der Parteilarbeit im städtischen Wohnbezirk

---

waltung, des Konsums, des DFD, der Volkssolidarität bekundeten ihre Mitarbeit. (Daß auch die Abgeordneten des Wahlkreises eng mit dem WB A verbunden sein müssen, daran hatte vorerst niemand gedacht.)

### Abgeordnete zu weit weg

Mit Unterstützung der Wohnparteiorganisation hatte der Wohnbezirksausschuß dann Häuserblockversammlungen vorbereitet, auf denen die Abgeordneten vor den Bürgern Rechenschaft ablegten und auf denen sich gleichzeitig die Kandidaten vorstellten. Obwohl die Wahlhelfer alle Einwohner des Wohnbezirks eingeladen hatten, konnte der Besuch im allgemeinen nicht befriedigen.

Das sahen die Anwesenden auch und sie sagten dazu ihre Meinung: „Wir hatten in der vergangenen Zeit Vorschläge, Anregungen und Kritiken vorzutragen — aber unsere Volksvertreter hielten ihre Sprechstunden nicht mehr hier bei uns in der Straße, sondern weit weg ab. Dahin läuft keiner.“

ordneten zu ihren Wählern wieder hergestellt werden. (Natürlich hätte auch von seiten der Stadtbezirksversammlung eine bessere Kontrolle über die Tätigkeit des Abgeordneten in seinem Wohnbezirk erfolgen müssen, noch dazu, wenn Abgeordnete nicht unmittelbar dort wohnen.)

### Bürger denken ökonomisch

Die 150 Bürger, die in den Versammlungen anwesend waren und zum großen Teil auch das Wort ergriffen, hatten selbstverständlich viel auf dem Herzen: Neben guten Vorschlägen und Anregungen für eine bessere kommunalpolitische Arbeit legten sie ihre Finger auch auf einige wunde Stellen. Es zeigte sich, daß unsere Bürger wdlins sind, ihrem Staat zu helfen und die sozialistische Demokratie zu verwirklichen, indem sie mitregieren wollen — eben durch ihre Abgeordneten.

Bringen wir einige Beispiele ihrer guten Gedanken: Bei großen Renovierungsarbeiten an Häusern — so sagte ein